

# Ambivalente Demokratie

## Zwischen emanzipatorischer Hoffnung und autoritärem Populismus

### Editorial

Felix Butzlaff

Demokratien sind irgendwie immer in der Krise. Das ist auch im zweiten Jahrzehnt des gar nicht mehr so neuen Jahrtausends nicht anders, und dies quer durch die Bevölkerungsgruppen: In der Tendenz haben sich in den vergangenen Jahren immer weniger Menschen an Wahlen beteiligt, vor allem der sozial schwächeren Gruppen; jüngst liefen regelmäßig Demonstrationszüge durch die österreichischen und deutschen Großstädte, in denen vor allem Selbständige und Angehörige der Mittelschichten die Pandemie-Politik der Regierungen als „Diktatur“ brandmarkten und die Rückkehr zu einer „echten“ Volksdemokratie reklamierten (Nachtwey et al. 2020); Rechtspopulisten in vielen Ländern Europas ätzen gegen vermeintliche Parteien- und Elitenkartelle, welche sich der Demokratie bemächtigt hätten; und der rechtskonservative Bundeskanzler Österreichs äußert regelmäßig eine Fundamentalkritik am Parlamentarismus und einer konsensuale demokratischen Entscheidungsfindung, welche die amerikanische Journalistin Anne Applebaum auch als „Verlockung des Autoritären“ beschrieben hat (Applebaum 2021). Demokratie also, so ein zwischenzeitlicher Eindruck, wird längst nicht mehr nur punktuell und von Randgruppen in ihrer Legitimation angezweifelt, sondern an ganz unterschiedlichen sozialen Orten und aus ganz unterschiedlichen Motiven infrage gestellt.

In einer historisch-empirischen Perspektive lässt sich hier fragen, wie diese Phänomene eigentlich einzuordnen sind. Denn seit der Entwicklung parlamentarisch-repräsentativer Systeme europäischer Prägung werden diese begleitet von einem Diskurs des Untergangs und des Verfalls: Bereits vor dem ersten Weltkrieg wurden die wachsenden Massenparteien mit ihren bürokratischen Apparaten als Sargnägel der Demokratie ausgemacht, bevor in der Zwischenkriegszeit die neuen demokratischen Republiken in den hochpolarisierten Gesellschaften der 1920er Jahre als der Ruin von Selbstbestimmung, Prosperität oder nationaler Größe verspottet wurden – und der Weg parlamentarischer Kompromissfindung generell als dysfunktional und normativ abzulehnen. Spätestens ab den 1970er Jahren dann gerieten die ausdifferenzierten Konsens- und Kompromissfindungsmechanismen der versäulten Gesellschaften Europas mit ihren ausgeklügelten Systemen der Konflikteinhegung selbst in den Verdacht der „Unregierbarkeit“, bevor unter dem sich durchsetzenden neoliberalen Paradigma ab den 1990er Jahren eine Politik- und Politikerverdrossenheit ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Ein demokratischer Schwanengesang also scheint mit wenigen Ausnahmen stets der zweifelnde Zwilling einer Ausweitung demokratischer Rechte gewesen zu sein.

Nicht nur in der Beobachtung *konkreter* Diskussionen, auch in einer *demokratietheoretischen* Perspektive lässt sich dies herausstreichen. Denn Demokratie ist nichts Fertiges und kein Prozess, welcher lediglich einmalig in ein Set aus Wahlregeln und Verhaltenskodizes umzusetzen ist. Das Verständnis dessen, was als „demokratisch“ verstanden wird, muss zwangsläufig fluide bleiben und wird im Laufe der Zeit und von

unterschiedlichen Generationen immer neu mit Werten und Leben befüllt. In der Folge gibt es immer wieder Zeiten, in denen das, was Menschen als „demokratisch“ empfinden, und das, was sie als institutionalisierte Demokratie in Parteien, Parlamenten und Regierungen erleben, sich mal mehr und mal weniger in Deckung befindet oder aber auseinanderklafft. Insofern muss der demokratische Krisendiskurs nicht per se beunruhigen, sondern ist unmittelbar Teil des demokratischen Prozesses. Wenn aber Krisendiskurse mehr und mehr, erstens, systemische Faktoren und Fundamente unserer Demokratien in den Blick nehmen, und sich, zweitens, in immer mehr und breiteren sozialen Schichten jeweils der Eindruck verdichtet, dass Demokratie – oder zumindest die Form, die wir derzeit erfahren – ganz grundsätzlich und fundamental dysfunktional geworden ist, dann mag dies sehr wohl Anlass zur Sorge geben.

Dies ist der Ausgangspunkt des vorliegenden Hefts: Die Frage nach dem Zustand und der Kritik an Demokratie – und eine Bestandsaufnahme, was ihr als Lösungsinstrument für die bestehenden und anstehenden Zukunftsfragen im Jahr 2021 noch zugebraut wird. Zwar ist, wie betont, Demokratie in ihrer Geschichte fortwährend mit Skepsis bedacht worden. In den letzten Jahren allerdings haben sich Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten in einer Weise verdichtet, die möglicherweise über das Maß früherer Demokratiekritik hinausgeht: qualitativ, quantitativ, oder auch im Hinblick auf die Frage, wer ihr in unseren Gesellschaften und aus welchen Gründen überhaupt noch die Stange hält.

Denn einerseits leben wir in einer Welt, in der demokratische Werte immer stärker akzeptiert werden und zur Norm geworden sind. Bürger\*Innenbeteiligung bei öffentlichen Planungsvorhaben; eine möglichst direkte Einbindung von Bürger\*Innen in die politische Entscheidungsfindung, immer neue offline- und online-Formate der Partizipation und eine umfassende Responsivität der Regierungspolitik gegenüber den Anliegen der Menschen – oder zumindest deren Suggestion – sind über die letzten Jahrzehnte zu festen Bestandteilen der demokratischen Legitimität auf allen Ebenen geworden (Geißel und Müller-Rommel 2020). Auch die Bildungsentwicklung vergangener Jahrzehnte hat mit dazu geführt, dass die selbstbewusste Erwartung, in einer Demokratie möglichst direkt und ohne Filter beteiligt zu werden, bei vielen Menschen gewachsen ist. Nicht zuletzt haben große Mobilisierungen wie die *Fridays-for-Future*-Demonstrationen gezeigt, dass ein persönliches Engagement und ein Sich-Einmischen für öffentliche Belange angesichts drängender Krisen (wieder) als eine Art Bürgerpflicht empfunden werden. Als legitimatorischer Schlachtruf jedenfalls, und als Forderung der Menschen, eingebunden und gefragt zu werden, scheint Demokratie keinesfalls obsolet geworden zu sein. Wir brauchen mehr denn je das Gefühl, dass Entscheidungen demokratisch legitimiert sind.

Andererseits aber haben die Konjunktur des Rechtspopulismus in vielen westlichen Ländern, eine von einigen Beobachter\*Innen diagnostizierte neue Form von Autoritarismus und die Corona-Pandemie dazu geführt, dass viele etablierte Prinzipien liberaler parlamentarischer Demokratien immer direkter infrage gestellt werden. Demokratie als System von Parteien und Parlamenten verstanden, so das Argument, sei langsam, ineffizient, potenziell korrupt und überhaupt: abgekoppelt von den Bürger\*Innen. Wenn Donald Trump auch Wochen nach seiner Wahlniederlage 2020 das Ergebnis nicht akzeptiert und laut von Wahlbetrug gesprochen hat, dann adressierte er genau diese Zweifel, welche für immer mehr Menschen plausibel klingen. Die Bewältigung der

Covid-19-Pandemie hat in vielen Staaten zu einer zunehmend autoritären Einschränkung von Partizipation und Parlamenten geführt (Freedom House 2020). Und Wertestudien für westliche Länder verzeichnen seit einigen Jahren neben steigenden Erwartungen direkter Einbindung eben *auch* eine wachsende Akzeptanz nationalistischer, exklusiver und fremdenfeindlicher Einstellungsmuster (Decker und Brähler 2020). Die westlichen Demokratien mit ihren Grundpfeilern aus Repräsentation, Liberalismus und Parteiensystemen sind darüber von vielen Seiten immer mehr unter Beschuss geraten und haben, wie auch die Beiträge in diesem Heft zeigen, an Legitimation in vielen sozialen Gruppen eingebüßt.

Ein zentrales Argument dabei, welches sich auch durch fast sämtliche folgenden Artikel zieht, und welches durch etliche empirische Studien in Nordamerika und Europa unterstrichen wird, ist, dass die Bilanz parlamentarischer Demokratien bei der Beseitigung sozialer Ungleichheiten keineswegs glänzend ist, sondern sich soziale und ökonomische Schieflagen in politische Exklusion und Benachteiligung übersetzen (Gilens 2012; Schäfer, Elsässer und Hense 2017): Wer unter sozialer und ökonomischer Ungleichheit leidet, wird in einer Demokratie auch weniger gehört. In der Folge führen der daraus resultierende soziale und ökonomische Druck – konkrete Notlagen der einen, Angst vor sozialem Abstieg der anderen – zu immer geringerer Akzeptanz parlamentarischer, repräsentativer Parteiendemokratien, wenn diese es über Jahrzehnte nicht vermögen, ihre einst strahlenden Prosperitätsversprechen einzulösen. Die Rolltreppe fahre für viele Menschen gefühlt abwärts, so der Soziologe Oliver Nachtwey (2016), und dies wird mehr und mehr eben auch zu einem ganz grundsätzlichen Problem für die Legitimation unserer Demokratien – und zwar in mehrfacher Hinsicht: Wie die Beiträge in diesem Heft eindrucksvoll aufzeigen, ist es nicht nur die fortwährende *direkte* Erfahrung sozialer Ungleichheit, Exklusion und Ausgesetztheit, welche Zweifel an den Fähigkeiten unserer Demokratien sät, ihre Versprechen einlösen zu können, und damit eben auch für sinkende Demokratieakzeptanz sorgt. Auch die *indirekte* Beobachtung, dass *andere* soziale Gruppen innerhalb unserer Bevölkerungen exkludiert, benachteiligt und ökonomisch, politisch und sozial ausgegrenzt werden, erhöht den innergesellschaftlichen Konkurrenzdruck und das Gefühl, auf der Hut sein zu müssen. Wenn andere auf der gesellschaftlichen Leiter abrutschen, könnte mir das auch passieren. Dass gegenseitige Misstrauen steigt allerorts – und die Grundlage für breite gesellschaftliche Konsensfindung wird sukzessive brüchig.

Und zuletzt haben Wahlen wie der Sieg Donald Trumps 2016 oder das Votum der Briten zum Brexit alte, längst überwunden geglaubte Zweifel an der demokratischen „Reife“ vieler Bevölkerungsgruppen bzw. an der Manipulationsoffenheit demokratischer Kommunikationsprozesse wieder geweckt. Wenn ganze Wählerschichten vermeintlich gegen ihre ureigenen Interessen stimmen bzw. dazu verführt werden, so der Tenor, müssten dann nicht bestimmte Fragen der direkten demokratischen Abstimmung vorenthalten bleiben? Ob Demokratie jedenfalls, wie in der Vergangenheit, uneingeschränkt als Mittel und Weg einer (Selbst)Befreiung aus beengenden, exkludierenden und benachteiligenden Verhältnissen verstanden werden kann, muss vielleicht aus beiden Perspektiven – Ungleichheit und Manipulationsoffenheit – hinterfragt werden.

Im Resultat haben parlamentarische Demokratien in den letzten Jahren vermehrt mit grundsätzlicher Kritik und schwindender Akzeptanz aus verschiedensten Richtungen zu kämpfen: von sozialen und ökonomischen Eliten, von der politischen Rechten

und Rechtspopulisten, von politisch linker Warte aus genauso wie in sozial exkludierten und prekarierten Gruppen, denen ein demokratisches Versprechen immer höhnischer tönt.

Auf der anderen Seite aber bleibt Demokratie nach wie vor ein utopischer Fluchtpunkt und ein hoffnungsvolles Versprechen. Nicht umsonst stellen sich beinahe alle Kritiker\*Innen bestehender Demokratieformen als bessere, wirklichere oder reinere Demokrat\*Innen dar. Nach wie vor vermag es Demokratie, neben aller Desillusionierungen eben *auch* Hoffnung zu stiften auf eine bessere, nachhaltigere und gleichere Selbstregierung der Bürger\*Innen. Seit dem 19. Jahrhundert und der Inanspruchnahme des Gleichheitsversprechens der Demokratie für die Unmündigen und Benachteiligten durch die verschiedenen Arbeiterbewegungen steht dieser Erzählstrang noch immer im Zentrum von Bewegungen und Initiativen, die für eine in ihren Augen bessere, gerechtere oder nachhaltigere Gesellschaft mobilisieren (Hermsen 2021).

Zusammengenommen also könnte man von einer steigenden *demokratischen Ambivalenz* sprechen, nach der die Prinzipien demokratischer Rechte, Einbindung und des Gehört-Werdens für viele Menschen immer zentraler geworden sind – nach der aber eben *auch* die Zweifel immer lauter geworden sind, ob eine Demokratie als Zusammenspiel von Parteien und Parlamenten noch den Anforderungen an Legitimität und Effizienz gerecht zu werden vermag. Die Diagnose einer *postdemokratischen Wende* hat versucht, diese wachsende Ambivalenz konzeptuell zu beschreiben (Blühdorn 2013): Nicht ein autoritärer *Coup d'État* bringe die parlamentarische Demokratie unter Druck, sondern vielmehr wandelten sich Erwartungen der Bürger\*Innen selbst, die in einer unübersichtlicher und immer komplexer werdenden Moderne nach mehr Sicherheit und Kontrolle strebten. Das Gefühl politischer Effizienz und Schlagkraft sowie der Schein direkter Einflussmöglichkeit seien gegenüber tatsächlichen Beteiligungs- und demokratischen Konsensfindungsprozessen oft wichtiger. Gleichzeitig aber seien demokratische Werte wie Autonomie, Emanzipation, Selbstbestimmung und Beteiligung zentral geblieben und noch angewachsen. Die Vorstellungen dessen, was als demokratisch empfunden wird, verschieben sich. William Callison und Quinn Slobodian haben dies jüngst als „antiautoritärer Autoritarismus“ (2021) beschrieben und die oben erwähnte Anne Applebaum als eine umfassende Abkehr vor allem der sozialen und ökonomischen Eliten von der Demokratie und eine Hinwendung zu einer „weichen Diktatur“.

Dieses Heft möchte die Frage stellen, *was genau* sich Bürger\*Innen eigentlich heute als demokratisch vorstellen, welche Demokratie ihnen vorschwebt, und inwiefern dadurch etablierte (und welche genau) Formen liberaler parlamentarischer Demokratien als überholt, ineffizient oder illegitim empfunden werden. Zudem soll diskutiert werden, mit welchen Reformideen liberale parlamentarische Demokratieformen aber eben auch deren bisherige direktdemokratische Erweiterung ergänzt oder reformiert werden könnten, um neuen Zweifeln und Erwartungen gerecht zu werden. Es greift damit Debatten um Rechtspopulismus, neuen Autoritarismus und soziale Ungleichheiten auf und hinterfragt die Diagnosen einer demokratischen Ambivalenz wie der postdemokratischen Wende kritisch.

Diese Fragen werden in drei Schritten diskutiert: In einem ersten Abschnitt stellen Martina Zandolla sowie Georg Hubmann und Johannes Rendl die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Demokratie, ihrem Gleichheitsversprechen und der Entwicklung sozialer, ökonomischer und politischer Ungleichheiten. Sie legen damit ein

Fundament, auf dem die nachfolgende Diskussion verschiedener Demokratievorstellungen eingeordnet werden kann. Den Aufschlag macht Michael Rosecker mit einer *tour d'horizon* der Demokratievorstellungen der Arbeiterbewegung als Perspektive darauf, wie soziale und politische Ungleichheiten nicht als *Ergebnis* der Demokratie interpretiert, sondern die Demokratie als *Mittel* zu ihrer Bewältigung entworfen worden ist. Matthias Micus und Alexander Deycke blicken anschließend auf die Demokratieideale und –Kritik radikallinker Provenienz, während Julia Zilles das Demokratieverständnis kontemporärer Bürgerinitiativen analysiert. Birgit Sauer schließt das Panorama zeitgenössischer Demokratievorstellungen und Kritik ab mit einer Betrachtung dessen, was in rechten Bewegungen als Demokratie verstanden und propagiert wird. Ziel dieses Abschnitts ist es, ein Gefühl dafür zu bekommen, in welchen Segmenten sich ganz unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Bewegungen in ihrer Analyse zeitgenössischer Demokratie überschneiden, in welchen Perspektiven aber eben auch fundamental differieren. Den anschließenden und auf diesen Analysen aufbauenden dritten Abschnitt zum Abschluss des Heftes bilden dann zwei Beiträge, in denen die *Ausweitung* und *Vertiefung* demokratischer Prinzipien als Lösungsmöglichkeit für verschiedene fundamentale gesellschaftliche Krisen diskutiert wird. Christoph Hoeft fragt nach Potenzialen für eine Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeitsleben, während Barbara Prainsack und Hendrik Wagenaar in ihrem Schlussbeitrag die gesellschaftlichen Brüche und Verschiebungen (nicht nur) durch die Corona-Pandemie Revue passieren lassen und eine assoziative Form demokratischer Diskussion und Entscheidungsfindung entwerfen, die eine Re-Kollektivierung zutiefst vereinzelter und isolierter Gesellschaften ermöglichen könnte. In Summe, so der Versuch, soll dieses Heft Bestandsaufnahme, Analyse und Vorschlag in einem sein. Wir freuen uns, wenn es Anlass zu weitergehenden Diskussionen sei.

## Literatur

- Applebaum, Anne (2021): Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist. München: Siedler.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie - Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.
- Callison, William/Slobodian, Quinn (2021): Coronapolitics from the Reichstag to the Capitol. In: Boston Review. <http://bostonreview.net/politics/william-callison-quinn-slobodian-coronapolitics-reichstag-capitol>, 02.06.2021.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg., 2020): Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments - neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: psychosozial Verlag.
- Freedom House (2020): Freedom on the net 2020. The Pandemic's Digital Shadow. [https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-10/10122020\\_FOTN2020\\_Complete\\_Report\\_FINAL.pdf](https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-10/10122020_FOTN2020_Complete_Report_FINAL.pdf), 02.06.2021.
- Geißel, Brigitte/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg. 2020): Special Issue „Frontiers of Democracy“. In: *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* 1.
- Gilens, Martin (2012): Affluence and Influence: Economic Inequality and Political Power in America, Princeton: Princeton University Press.
- Hermesen, Joke J. (2021): Rosa und Hannah. Das Blatt wenden. Berlin: Wagenbach.
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/>, 02.06.2021.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Schäfer, Armin/Elsässer, Lea/Hense, Svenja (2017): „Dem Deutschen Volke?“ Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, 161–180.